

Bundesministerium für
Land- und Forstwirtschaft,
Umwelt und Wasserwirtschaft
Stubenring 1
1010 Wien

Wien, 25. Mai 2010
GZ 300.112/007-S4-2/10

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Abfallwirtschaftsgesetz geändert wird (AWG-Novelle 2010)

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Rechnungshof dankt für die mit Schreiben vom 19. April 2010, GZ BMLFUW-UW.2.1.6/0031-VI/2/2010, erfolgte Übermittlung des Entwurfs einer AWG-Novelle 2010 und nimmt hiezu im Rahmen des Begutachtungsverfahrens aus der Sicht der Rechnungs- und Gebarungskontrolle wie folgt Stellung:

Zur Umsetzung von Empfehlungen des Rechnungshofes

Zur Verbesserung der Datengrundlage und -qualität (§ 21 Abs. 3, § 22 Abs. 2 und § 75a)

§ 21 Abs. 3 AWG sieht vor, dass für bestimmte Abfälle die Jahresabfallbilanzdaten nach Gemeinden zu gliedern sind. Gemäß § 22 Abs. 2 AWG erhalten die Behörden die Möglichkeit, weitere Daten unter den Stammdaten der registrierten Abfallbesitzer einzutragen (z.B. Daten zum abfallrechtlichen Geschäftsführer oder Angaben zu verwendeten Maschinen). Dies trägt zu einer erhöhten Datenqualität und umfassenderen Nachvollziehbarkeit der Abfallströme und damit zu einer Vereinfachung der Kontrolle bei. Der Rechnungshof begrüßt diese Regelungen im Hinblick auf die Umsetzung seiner diesbezüglichen Empfehlung im Bericht „Elektronisches Datenmanagement in der Abfallwirtschaft“ (Reihe Bund 2008/8, S. 137, TZ 4.2).

Im Rahmen der Novelle ist eine Bestimmung über Pilotprojekte zum Einsatz des elektronischen Registers bei Abfalltransporten (§ 75a AWG) geplant. Im Hinblick auf seine Empfehlung, *„vor dem weiteren Ausbau des Elektronischen Datenmanagement zum vollelektronischen Begleitscheinsystem eine eingehende Analyse des Aufwandes einerseits und des Nutzens andererseits durchzuführen“* („Elektronisches Datenmanagement in der

Abfallwirtschaft“, Reihe Bund 2008/8, S. 149, TZ 18.2) begrüßt der Rechnungshof diese Maßnahmen als Grundlage für Analysen und zur Schaffung von Rechtssicherheit und Transparenz.

Zur Registerführung (§ 22 Abs. 4 AWG)

Durch den vorgeschlagenen Entfall des letzten Satzes in § 22 Abs. 4 (Festlegung der Umweltbundesamt GmbH als Dienstleister) soll zur Führung des Registers gemäß § 22 Abs. 1 Z 2 AWG künftig ein beliebiger IT-Dienstleister beauftragt werden können. Der Rechnungshof weist in diesem Zusammenhang auf TZ 22 des o.a. Berichtes hin, wonach zur Vermeidung eines erhöhten Aufwands eine gemeinsame Führung von Stammdaten- und Bewegungsdatenregister empfohlen wurde.

Zu § 1 Abs. 4, § 69 Abs. 7a und 7b

Da diese Bestimmungen vorsehen, dass die Entsorgungsautarkie und die Beseitigung der Abfälle in einer der am nächsten gelegenen geeigneten Anlagen anzustreben ist, begrüßt der Rechnungshof diese Regelungen als Umsetzung seiner diesbezüglichen Empfehlungen im Bericht Reihe Bund 2007/6, „Ausgewählte Themen der Abfallwirtschaft in Österreich“, TZ 3.2, wonach eine Entsorgung - sofern technisch sinnvoll und wirtschaftlich vertretbar - grundsätzlich möglichst nahe am Entstehungsort erfolgen sollte.

Zur Darstellung der finanziellen Auswirkungen

Aus der Sicht des Rechnungshofes ist die Darstellung der finanziellen Auswirkungen grundsätzlich plausibel. Es fehlen aber Angaben über den zu erwartenden Aufwand für legislative Maßnahmen der Länder (z.B. für die Anpassung von Terminologie und Inhalte der Abfallwirtschaftsgesetze und der regionalen Abfallwirtschaftspläne bzw. -konzepte). Die Erläuterungen zu den finanziellen Auswirkungen entsprechen daher insofern nicht zur Gänze den Anforderungen des § 14 Abs. 3 BHG, BGBl. II Nr. 50/1999 i.d.g.F.

Von dieser Stellungnahme wird jeweils eine Ausfertigung dem Präsidium des Nationalrates und dem Bundesministerium für Finanzen übermittelt.

Mit freundlichen Grüßen

Der Präsident:
Dr. Josef Moser

F.d.R.d.A.: